

06.08.2020

Prüfantrag an den Ausschuss für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz am 24.08.2020
"Erweiterung der Fahrzeugflotte auf Wasserstoffbetriebene Fahrzeuge und Einrichtung einer Wasserstofftankstelle"

1. Die Kreisverwaltung möge prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, einen Teil der Fahrzeugflotte auf Brennstoffzellenantrieb umzustellen und welche Maßnahmen erforderlich sind, um eine Wasserstofftanksäule auf dem Parkplatz des Verwaltungsgebäude I oder II zu installieren.
2. Zudem bitten wir die Kreisverwaltung zu prüfen, ob diese Maßnahme durch Förderprogramme des Bundes- oder der Landesebene bezuschusst werden kann.

Begründung:

Die Kommunen spielen bei der Verkehrswende eine bedeutende Rolle. Um eine Verkehrswende herbeizuführen, sind nicht nur Verbraucher sondern auch die Politik in der Pflicht. Wenn Deutschland seine Klimaziele erreichen will, muss der Verkehr dringend umweltfreundlicher werden. Allein im Jahr 2017 war der Verkehr auf den Straßen für die Emissionen von 115 Millionen Tonnen CO₂ verantwortlich, so die Ermittlung des Statistischen Bundesamtes. Da Bund und Länder den Kauf von umweltfreundlicheren Autos und Ladestationen finanziell fördern, können Kommunen hier eine Vorreiterrolle übernehmen und Bürger motivieren es ihnen gleich zu tun. Täglich sammeln kommunale Fahrzeuge Abfall ein, der öffentliche Personennahverkehr bringt Menschen von einem Ort zum anderen und neben den Autos für die Landschaftspflege drängen auch die Dienstwagen der Mitarbeiter auf die Straße. Mit circa 250.000 Fahrzeugen im Fuhrpark sind Kommunen zudem auch ein großer Auftraggeber für die Autoindustrie und können somit eine Veränderung einläuten.

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) fördert die Anschaffung von Brennstoffzellen-Pkw. Im Rahmen des nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NIP 2). Zu Beginn des Jahres fand ein Förderaufruf statt, welcher sich auch an kommunale Fahrzeugflotten gerichtet hat.

Unter anderem schrieb der Deutsche Städte- und Gemeindebund in seinem Newsletter dazu: "Förderprogramme wie dieses zur Anschaffung von Brennstoffzellen-PKW ergänzen vorhandene Bundes- beziehungsweise Landesprogramme zur Elektromobilität und entsprechen der DStGB-Forderung nach Technologieoffenheit beim Umstieg auf alternative Antriebe. Bislang haben nach Auskunft des Projektträgers nur wenige Kommunen an dem vorherigen Förderaufruf des BMVI zur Brennstoffzellenförderung für Fahrzeugflotten teilgenommen.

gez.

Ilona Kuchler

(Fraktionsvorsitzende)